Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 12

Nachwort: Eine nicht imperialistische Entwicklungspolitik
Autor: Vilmar, Fritz

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

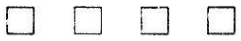
erhöht worden sind. Der Konsum je Kopf der Bevölkerung ist in derselben Zeit von 3,02 auf 4,71 Liter Branntwein angewachsen.

Solange die Alkoholsteuern nicht stärker steigen als das Realeinkommen der Bevölkerung, ist keine konsummindernde Wirkung zu erwarten. Das zusätzliche Realeinkommen wird nach Deckung des Existenzbedarfes zu einem großen Teil für «gehobene» Konsumbedürfnisse verwendet, wobei Alkohol und Tabak in immer besseren Qualitäten eine wichtige Rolle spielen. Nur eine sehr massive Steuererhöhung könnte einen Konsumrückgang verursachen, wobei der Steuereingang durch den hohen Ansatz auch bei einer niedrigeren Konsumhöhe noch höher sein kann als vorher. (Ein echter Konsumrückgang würde übrigens die Soziallasten auf anderen Gebieten weniger rasch ansteigen lassen und dafür die Produktivität steigern, so daß trotzdem mehr Mittel für die AHV/IV und die Krankenversicherung greifbar wären.)

Daß trotz sinkender Menge die Erträgnisse steigen können, beweist die Erhöhung der fiskalischen Belastung auf Whisky und Gin in den Jahren 1963 bis 1965: Der Steueransatz wurde je Liter um 100 Prozent, von Fr. 3.— auf Fr. 5.20, erhöht, was 73 Prozent ausmachte. Der Import sank im selben Zeitraum von 1 600 000 Liter auf 1 520 000 Liter, also nur um 5 Prozent. Daraus läßt sich ein Ansteigen der Erträgnisse von 4,8 auf 7,9 Millionen errechnen; trotz Konsumrückgang stiegen die Steuern um 65 Prozent. Sogar wenn die Importe um 43 Prozent gesunken wären, hätte die AHV immer noch gleichviel erhalten wie vorher.

Der Weg über die Belastung von Alkohol und Tabak dürfte sowohl aus finanzpolitischer wie volksgesundheitlicher Sicht begehbar und empfehlenswert sein.

Eduard Muster in «SAS-Information»
Schweiz. Zentralstelle gegen den Alkoholismus, Lausanne



Eine nicht imperialistische Entwicklungspolitik

Ohne rigorose Abrüstungspolitik gibt es keine reale Entwicklungspolitik. Nur wenn sich die Staaten dieser Welt schrittweise von der Last ihrer riesigen Rüstungsaufgaben befreien, eröffnet sich eine Möglichkeit, durch wirklich große ökonomische Hilfsprogramme die unerläßlichen innergesellschaftlichen Anstrengungen und Veränderungen in den vorindustriellen Ländern wirksam zu unterstützen. Auf Kosten der Rüstungsbudgets, die heute 4 bis 5, in den USA 10 Prozent des Sozialprodukts ausmachen, ist die Entwicklungshilfe dieser Länder von heute 0,6 Prozent auf mindestens 1,5 Prozent des Sozialprodukts zu steigern.

Fritz Vilmar

18 ht

22